Hilfe für Betroffene

Schutz vor häuslicher Gewalt: Zahl der Frauenwohnungen im Landkreis Görlitz steigt

Anhören

Die Mee-Too-Bewegung hat die Gesellschaft für Themen wie Opferschutz sensibilisiert. Im Landkreis gibt es mehr Unterkünfte. Doch auch die Zahl der Hilfesuchenden nimmt zu.

Marc Hörcher
14.01.2026, 18:44 Uhr
Artikel verschenken

Görlitz. Insgesamt 13 statt bisher elf Familienzimmer für Frauen und deren Kinder an fünf Standorten im Landkreis Görlitz stehen seit Anfang 2026 bereit, die Zuflucht vor häuslicher Gewalt suchen, das macht 32 Betten für die Betroffenen. Das teilt Lutz Casall mit, Vorsitzender des Vereins „Soziale Projekte Zittau“, in dessen Trägerschaft sich die Einrichtungen befinden. Insgesamt fünf Fachkräfte aus der Sozialarbeit und eine Ehrenamtlerin arbeiten in diesem Projekt, das sich „Zuflucht“ nennt. An den Zittauer Verein angegliedert sind die Schutzwohnungen bereits seit 2017. Damals hatte der Landkreis sein Konzept der Schutzwohnungen neu ausgerichtet, der Verein bewarb sich auf die Ausschreibung und bekam den Zuschlag. Der Verein „Soziale Projekte“ kommt aus der Jugendarbeit und betrieb zuvor in Zittau einige Jahre lang ein Schullandheim sowie das Kinder- und Familienzentrum „Domino“.

Ausgelöst durch die Me-Too-Bewegung erfährt das Thema seit einigen Jahren mehr und mehr Aufmerksamkeit. Die Hellziffer im Bereich Häusliche Gewalt steigt, den jüngsten Zahlen des Bundeskriminalamts zufolge waren 2024 über

eine Viertelmillion Menschen von Häuslicher Gewalt betroffen, ein Anstieg von 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Freistaat Sachsen ist seit ein paar Jahren dabei, Schutzwohnungs-Plätze aufzustocken, hat mit der Schaffung neuer Strukturen zuvor Versäumtes nachgeholt, sagt der Vereinsvorsitzende. Seit 2022 ist der Landkreis Görlitz von finanziellen Verpflichtungen in dem Bereich entbunden, Mittel kommen vom Freistaat selbst. Auch eine Interventions- und Koordinierungsstelle (IKS) zur Beratung und Hilfe Betroffener von häuslicher Gewalt und Stalking wurde etabliert, sie ist beim Kinderschutzbund angesiedelt, mit Hauptsitz in Löbau.

Opferschutz der Polizei vermittelt Hochrisiko-Fälle

„Für viele Frauen ist es ein wahnsinnig großer Schritt, aus dem System auszubrechen und sich Hilfe zu suchen“, schildert die Leiterin des Projekts, eine Sozialarbeiterin. Aufgrund der Sensibilität ihrer Tätigkeit muss sie in diesem Text anonym bleiben. „Häusliche Gewalt fängt nicht mit Schlägen an, sondern ganz subtil mit kleinen verbalen Abwertungen“, sagt sie – deswegen sind die unterschiedlich abgestuften Hilfsangebote wichtig. Die Beratungsstelle in Löbau kann jede betroffene Person in Anspruch nehmen, der Verein „Soziale Projekte Zittau“ wird dann aktiv, wenn es im übertragenen Sinne „brennt, wir sind die Feuerwehr“. Entweder, die Betroffenen wenden sich selbst an die Einrichtungen, über eine Notfallnummer, oder sie werden von der Beratungsstelle oder der Polizei an das Schutzangebot weitervermittelt.

Häusliche Gewalt fängt nicht mit Schlägen an, sondern ganz subtil mit kleinen verbalen Abwertungen.

Leiterin des Projekts „Zuflucht“ beim Verein „Soziale Projekte Zittau“

„Die Frau entscheidet immer freiwillig und kann jederzeit wieder gehen, das passiert auch“, so die Sozialarbeiterin. Mitunter kann es passieren, „dass eine Betroffene zurückgeht in eine Partnerschaft und dass alle Außenstehenden darüber den Kopf schütteln“, ergänzt Casall. Denn nicht selten braucht es mehrere Anläufe, um sich endgültig von einem gewalttätigen Partner lösen zu können. Für die Beschäftigten bedeutet das: Sie müssen die notwendige professionelle, emotionale Distanz zu ihren Fällen wahren.

Das kann herausfordernd sein, macht jedoch auch deren Rolle deutlich: „Wir beraten, begleiten und bieten Schutz – aber wir sind keine Betreuer“, die Freiwilligkeit der Schutzsuchenden wird ernst genommen. In dieser Rolle helfen die Mitarbeiter beim Neustart, unterstützen die Frau dabei, Struktur in

ihren Alltag zurückzubringen – das können finanzielle und medizinische Fragen sein oder die Organisation einer langfristigen neuen Bleibe.

Mehr zum Thema

Präventionsarbeit bei der Polizei

Görlitz: Wenn der Ex-Partner plötzlich zuschlägt

Bundesrat stimmt zu

Neues Gewalthilfegesetz: Sachsen plant mehr Schutzplätze für Frauen

SPD: Ein "systematisches Problem"

Höchststand bei Gewalt gegen Frauen in Sachsen

Unter den fünf Mitarbeitern ist neben vier Frauen auch ein männlicher Sozialarbeiter in dem Projekt beschäftigt, nicht in Vollzeit, aber anteilig. Die Projektmacher finden, das sei ein wichtiges Signal: Gerade diese Frauen und deren Kinder sollen nicht ausschließlich mit Männern zu tun haben, die ein negatives Männerbild prägen.

Neben der IKS ist die Polizeidirektion Görlitz und deren Opferschutzbeauftragte, Kriminalhauptkommissarin Katja Nollau, ein wichtiger Partner des Vereins. Diese wird aktiv, wenn die Polizei „Hochrisiko-Fälle“ erkennt, also die Gefahr eines Tötungsdelikts durch den Partner. Mittels eines Fragebogens wird zunächst evaluiert, ob für die Geschädigte eine solche Situation vorliegt. Abgefragt wird etwa, ob der Mann eine Todesdrohung ausgestoßen hat oder ob er im Besitz einer Waffe ist. Wenn solche oder andere Warnsignale auf Rot stehen und wenn die Geschädigte zustimmt, kann eine „Hochrisiko-Konferenz“ einberufen werden, in der

Ämter und Behörden gemeinsam beraten, welche Schritte nötig sind, um der Frau zu helfen.

20 Familien pro Jahr müssen abgewiesen werden

Der Verein setzt auf ein dezentrales Unterbringungssystem, wobei die Standorte der Schutzwohnungen nicht öffentlich sind. Selbst die Polizei kenne diese nicht, sagt Lutz Casall, und die betroffenen Frauen müssen sogar schriftlich einwilligen, den Ort nicht zu verraten und sich nicht direkt vor den Wohnungen abholen zu lassen. Städte und ländlicher Raum seien im Landkreis Görlitz mittlerweile gut abgedeckt. Im Schnitt hätten in den Jahren 2023 und 2024 je 25 bis 30 Frauen und 30 bis 40 Kinder pro Jahr die Hilfsangebote angenommen.

Je nach persönlicher Situation bleiben sie mal einige Wochen, mal bis zu vier Monate. Die Verantwortlichen sprechen von einer Auslastung von etwa 70 Prozent. „Mehr geht schon nicht“, sagt der Vereinsvorsitzende. Wären die Schutzwohnungen zu 100 Prozent ausgelastet, wäre die Situation bereits besorgniserregend. Es ist unvorhersehbar, wann die schnelle Hilfe gefragt ist und ob beispielsweise eine Frau mit fünf Kindern den Notruf wählt – dann reicht ein Familienzimmer nicht und es braucht ein zweites. Schon jetzt muss der Verein bis zu 20 Familien pro Jahr abweisen, diese werden an andere Schutzwohnungen, etwa im Nachbarlandkreis Bautzen, weitervermittelt.

Nach dem vor rund einem Jahr auf Bundesebene verabschiedeten Gewalthilfegesetz haben Frauen ab 2032 einen Rechtsanspruch auf Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangebote. Bis dahin müssen die Länder genügend Plätze und Beratungsangebote aufgebaut haben. Deutschland hat sich verpflichtet, die Istanbul-Konvention umzusetzen – eine Vereinbarung auf EU-Ebene, die 2,5 Plätze für Frauen und Kinder pro 10.000 Einwohner vorsieht. Für den Landkreis Görlitz wären das 24 Plätze, rechnet Lutz Casall vor. Wie das umgesetzt wird, ist angesichts der Haushaltslage eine Herausforderung. „Erst mal wäre die Aufgabe, den Status quo zu sichern.“

Notrufnummer der Frauen- und Kinderschutzeinrichtung im Landkreis Görlitz, rund um die Uhr besetzt: 0175 9809462